

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 64 (1984)
Heft: 9

Rubrik: Blickpunkte

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 03.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Wiederkehr einer Politik der dosierten Gewalt?

Gewalt ist nach dem Selbstverständnis unserer Staatsform kein Mittel der Politik, es sei denn in der kontrollierten Form der ordnungssichernden Staatsgewalt. Darum haben die beiden «politischen» Anschläge der letzten Wochen denn auch grosse Empörung ausgelöst. Der Sprengstoffanschlag auf das Haus von Bundesrat Friedrich galt einem unerschrockenen, gradlinigen Magistraten, der in seiner Amtsführung wie in seiner persönlichen Lebenshaltung keinerlei Anstoss zu emotionalen Überreaktionen bietet. Es fehlt denn auch an Hinweisen auf entsprechende Motive der Täter.

Dr. Rudolf Rometsch seinerseits, dessen Ferienhaus zum Ziel eines raffinierten Brandanschlags geworden ist, steht zwar angesichts des harten energiepolitischen Fechtgangs dieses Herbstes in seiner Eigenschaft als Präsident der Nagra (Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle) indirekt ebenfalls im Rampenlicht der Öffentlichkeit. Doch ist es im Grunde schwer verständlich, dass ausgerechnet der Exponent einer Institution, die das Problem der sicheren Lagerung radioaktiver Abfälle zu lösen sucht, als Anschlagopfer ausgesucht worden ist.

Daraus ergibt sich insofern eine gewisse Parallele, als bei beiden Vorfällen kaum von Spontanaktionen die Rede sein kann. Es muss sich vielmehr um Täter handeln, die kaltblütig und

vorsätzlich Gewalt anwenden wollten. Nun hat Bundesrat Friedrich die Bemerkung gemacht, solche Dinge stellen sozusagen eine Art Berufsrisiko dar. So gut eine solche Einstellung dem Betroffenen aber anstehen mag und so verdienstvoll das Bestreben ist, aus den Anschlägen keine nationalen Dramen zu machen, so wenig wäre es angebracht, nun einfach wieder zur Tagesordnung überzugehen. Wie ansteckend derartige Aktionen politischer Brandstiftung sein können, haben wir in der jüngeren Vergangenheit auch in unserem Lande erlebt. Sowohl im Zusammenhang mit der Jurafrage wie während der «Jugendunruhen» kam es unversehens zu Eskalationen, die nur mit grossen Schwierigkeiten wieder unter Kontrolle gebracht werden konnten.

Bezeichnend ist im übrigen, dass im Zusammenhang mit den neuen Anschlägen die alten Theorien von der dosierten «Gewalt gegen Sachen» als einem legitimen Kampfmittel gegen die «objektive Gewalt in unserer Gesellschaft» wiederum Urständ zu feiern scheinen. So sprach die links-extreme «WOZ» in einem Kommentar von der «symbolhaften Form» des Anschlags gegen Bundesrat Friedrich, mit der man «nicht nur jedwelle Gefährdung menschlichen Lebens ausschliessen, sondern auch den Sachschaden minim halten wollte». Auch war nicht zu übersehen, dass im «Fall

Rometsch» Tageszeitungen, die sonst mit den Schlagzeilen grosszügig umzugehen pflegen, auf eine «Titelblatt-Story» verzichteten und den Anschlag im Gegenteil sozusagen unter «Facts divers» publizierten.

Solche Abstufungen in der Beurteilung von politisch motivierter Gewaltanwendung können uns nicht gleichgültig lassen. Gewalt in der Politik folgt letzten Endes immer einer Eigengesetzlichkeit, die total in die Irre führt, und zwar unabhängig davon, ob sie aus sogenannten idealistischen Gründen oder einfach aus emotionalen Motiven heraus zum Zuge kommt. Das sollten sich alle jene merken, die jetzt wieder nach «mil-

dernden Umständen» und sozialpsychologischen Rechtfertigungen für die im Moment noch unbekanntes Täter suchen. Wir haben eine Reihe von schwerwiegenden Problemen vor uns, deren Lösung sich mühsam anlässt. Doch das gibt niemandem in diesem Staate das Recht, nach dem Prinzip «Der Zweck heiligt die Mittel» vorzugehen oder Ansätze dazu bei Dritten verständnisvoll zu tolerieren. Unsere Demokratie lebt davon, dass ihre Spielregeln eingehalten werden. Darum haben weder der Einsatz unkontrollierter Gewalt noch dessen Tolerierung Platz in unserer Politik.

Richard Reich

Forschungswettbewerb oder Forschungsk Kooperationen?

Die Wirtschaft der Schweiz beruht bekanntlich auf einer *Wettbewerbsordnung*. So steht es zumindest in der Wirtschaftsverfassung (Kartellartikel BV). Und der Bundesrat hat das Wettbewerbsprinzip in seiner Botschaft zur gegenwärtig laufenden Kartellgesetzrevision wiederum bestätigt und bekräftigt. Zwar ist die Bildung von Kartellen (und ähnlichen Organisationen) nicht verboten (Missbrauchsgesetzgebung). Aber der Missbrauch von Marktmacht, der durch diese entstehen kann, wird in den wettbewerbspolitischen Griff genommen. Die Praxis der Missbrauchspolitik durch die Kartellkommission orientiert sich, allgemein formuliert, an der Leitlinie, dass ein kartellistischer Zustand auf einem Markte *nicht* zu schlechteren Ergeb-

nissen führen soll als eine Wettbewerbsordnung (allgemeines Interesse). Die Legitimation dieser Leitlinie ergibt sich aus der – theoretisch begründbaren und empirisch nachgewiesenen – Annahme, dass eine Wettbewerbsordnung zur «besten» Bedürfnisbefriedigung tendiert. Und die Erreichung dieses Zieles ist ja immerhin die Hauptaufgabe wirtschaftlichen Handelns und Entscheidens.

Das Ordnungsprinzip ist klar und eindeutig. Schwieriger wird, wie meist in der Wirtschaftspolitik, seine *Umsetzung* in die wirtschaftspolitische Praxis. Der Teufel sitzt auch in diesem Falle im Detail; er schafft bei der Behandlung von nicht wenigen Einzelfragen *Unsicherheit*. Und diese dienen dann als willkommene vorgeschobene

Argumente, die Wettbewerbspolitik auf ein tiefes Niveau abzusenken. Das Prinzip kommt unter die Räder des Pragmatismus. Die Wettbewerbspolitik hat eine inhärente Tendenz zum Minimum – und dies eben nicht zuletzt auch in Helvetien.

Ein solcher Spezialaspekt, der gesamtwirtschaftlich allerdings von hoher Bedeutung ist, zeigt sich neuestens in der *Innovationsproblematik*. Innovationen bestimmen weitgehend den Erneuerungsrhythmus einer Wirtschaft und mithin auch ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit. Kein Wunder, dass die Innovationsförderung deshalb in praktisch allen Ländern auf der obersten Prioritätenstufe der Wirtschaftspolitik steht. Die Frage ist nur, *wie* Innovationen gefördert werden sollen. Die Diskussion um diesen anspruchsvollen Problemkomplex ist in vollem Gange. Und in diesem Kontext kommt nun eben auch dem Wettbewerb ein erhebliches Gewicht zu. Weshalb?

Innovationen entstehen aus Forschung und Entwicklung (F-&E). Zu beobachten sind auf diesem Felde zwei Trends: einmal F-&E-Strukturen innerhalb einer Branche, die zueinander im Wettbewerb stehen, und sodann E-&F-Strukturen, die zwischen einzelnen Unternehmungen koordiniert sind. Im einen Falle bestimmt die Konkurrenz das Innovationsbild, im andern dagegen (kartellverdächtige) *Ab-sprachen*, die die Neigung haben, den Funken der zwischenbetrieblichen Koordination auch auf die Produktion und Verteilung überspringen zu lassen. Die Folge der Forschungskoope-ration ist eine Lähmung des Wettbewerbs in den betreffenden Märkten. Was auf der einen Seite durch die Forschungs-

koope-ration (angeblich) gewonnen wird, nämlich eine Stärkung des Innovationsprozesses, geht auf der andern Seite durch einen Abbau der Wettbewerbsenergien auf den Märkten wieder verloren. Wo liegt der Saldo? Das ist die entscheidende Frage.

Es gibt einige eminente Experten (Schumpeter, Friedrich von Hayek usw.), die den Akzent auf den *Forschungswettbewerb* legen, also Gemeinschaftsforschungen skeptisch gegenüberstehen. Der (im Wettbewerb stehende) Markt wird als «soziales Entdeckungsverfahren» verstanden; *er* in erster Linie bringt neue Produkte und Produktdifferenzierungen zum Vorschein. Automobilfabriken beispielsweise, die bei der Entwicklung bestimmter Motoren kooperieren (Frankreich), bauen die Produktdifferenzierung ab. Der Konsument bekommt, mindestens bei den Motoren, unabhängig von der einzelnen Marke, das *gleiche* Produkt. Es wäre selbstverständlich zu einfach, wenn Forschungsgemeinschaften nur unter Wettbewerbsgesichtspunkten beurteilt und gewürdigt würden. Die Welt der Wirklichkeit ist im Forschungsbereich derart vielfältig, dass die spezifischen Verhältnisse des Einzelfalles wohl nicht immer übersehen werden dürfen. Aber eben: der Einzelfall und seine konkreten Umstände drohen das Prinzip zu verschütten – ein Prinzip, hinter dem keine Ideologie, sondern die (funktionale) Frage nach der *Innovationsdynamik* steht. Die skizzierte Problematik beginnt sowohl die Wissenschaft wie die einzelnen nationalen Wettbewerbsbehörden mehr und mehr zu beschäftigen. In der EG wird über diesen Fall bereits legiferiert. Wäre dies nicht auch ein Thema für *helvetische For-*

schungseinrichtungen? Möglicherweise für den Nationalfonds? Initiativen auf diesem Gebiet wären jedenfalls kein Luxus. Sie könnten die Diskussion über staatliche Innovationsförderungs-

modelle, die die eidgenössische Szene fast völlig beherrscht, möglicherweise etwas weiter bringen.

Willy Linder

Deutsche an einen Tisch?

Die DDR bleibt aus zwingenden Gründen ein Teil des Ostblocks. Ein «Ausserhalb» ist für dieses Stück Deutschland nicht denkbar, aber es gibt ein Innerhalb ohne und eines mit Spielraum. Erich Honecker hat heute innerhalb des Ostblocks eine stärkere Stellung als bisher.

Früher war Polen das «relais» für sowjetische Initiativen – der Rapackiplan ist die bekannteste – und ist heute nicht mehr vorzeigbar. Jaruzelski mag eine Diktatur der Offiziere und der Miliz durchsetzen, er bleibt hinter den sowjetischen Erwartungen eines lückenlos «sozialistischen» Regimes weit zurück. Entsprechend bedeutender wurde die Rolle der DDR.

Honecker betont gerne die «Hochleistungskapazität» seines Staates. Hohe DDR-Funktionäre sprechen offen zu Besuchern von «Unterschieden» im Entwicklungsstadium zwischen der DDR und der Sowjetunion. Parteitheoretiker der DDR wagen bereits, Gegensätze zwischen Kommunisten als natürlich und erlaubt zu bezeichnen – dafür gab es in dreissig Jahren kein Beispiel. Die «*Prawda*» hat zwar formell die «revanchistische» Bundesrepublik angegriffen, doch Ausdrücke getadelt, die, ohne dass er ge-

nannt wurde, wörtlich aus Honeckers Reden stammen.

Der neue Bonner Kredit, der für Ende September vorgesehene Besuch Honeckers in der Bundesrepublik erwecken in Moskau tiefes Misstrauen. Wird etwa – statt einzelner Häftlinge – die ganze DDR «losgekauft»?

«Neues Deutschland» hat den Artikel der «*Prawda*», aber auch eine Antwort des ungarischen Parteiblattes gedruckt. Es folgte eine Mahnung aus Prag, stets die internationalen Interessen – die sind zufällig mit den Interessen der Sowjetunion identisch – gegenüber den nationalen Interessen zu bevorzugen. Das erinnert höchstens daran, wie den Tschechen selber jede Neigung zu Eigenständigkeit mit «brüderlicher» Gewalt ausgetrieben wurde.

Von der Differenzierung – hier: DDR, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, dort: Sowjetunion, Tschechoslowakei, Polen – sollte nicht zuviel erwartet werden. Aussenpolitische Beweglichkeit und innere Auflockerung sind nicht miteinander verbunden – ja, wenn wir an Ceausescu denken, könnten wir meinen, sie seien inkompatibel. Doch eine Verhärtung des DDR-Regimes hätte für die deutsch-deutschen Beziehungen Folgen, und sie

würde von den Bürgern, die sich neuerdings recht furchtlos zeigen, nicht akzeptiert.

Den Spielraum der DDR begrenzt nicht nur der «Internationalismus», sondern das nationale Moment. Heute darf zwar wieder von einer übergreifenden deutschen Nation gesprochen werden, was in der DDR lange verpönt war, doch ist die Bundesrepublik, auch ohne jede Propaganda, jede Absicht ein Magnet, die DDR nicht. Nachdem 20 000 Bürger ausreisen durften, ist wiederum von 6000 bis 10 000 die Rede. Ohne Abgrenzung kann sich das Regime nicht behaupten.

Die Bonner Verhandlungsweise wurde besonders in Berlin – auch vom CDU-Bürgermeister – mit Betroffenheit kritisiert, denn Westberlin kommt nicht in den Genuss der den Bundesbürgern zugestanden Reise- und Aufenthaltserleichterungen. Das war aber eine Konzession an das sowjetische Dreistaaten-Konzept. Nun gibt es in der Tat ein besonderes Berlinstatut, es gilt aber für *ganz* Berlin. Da die Einbeziehung Ostberlins in die DDR toleriert wurde, kann die geringere, aber immerhin bestehende Einbeziehung Westberlins in die Bundesrepublik nicht preisgegeben werden. Die Vorleistungen, so hört man jedoch aus Bonn, entsprächen einer langen Sicht und einem langen Atem. Mag sein. Doch was zugestanden wurde, wird

festgeschrieben; was als Gegenleistung erhofft wird – «Vertrauen gegen Vertrauen» – ist ungewiss.

Der wichtigste Gegensatz zwischen Moskau und den anderen Mitgliedern des Warschauer Paktes ist dieser: Als in Bonn die Nachrüstung beschlossen und durchgeführt wurde, kündete die Sowjetunion Repressalien des ganzen Ostblocks und Abbruch von Verhandlungen an. Auch hat Moskau seine Trabanten zur Absage an die Olympiade gezwungen. Was die Gefühle der siegesgewissen DDR-Sportler sind, kann man erraten. Doch im übrigen folgte Honecker der Verkündung einer neuen Eiszeit nicht, er sprach von weiterhin wünschbaren Verhandlungen. Die sowjetische Einschüchterungskampagne ist nicht zuletzt wegen der Unbotmässigkeit der Europäer des Ostblocks gescheitert. Das ist mit den offenen Divergenzen innerhalb dieses Bündnisses zusammen zu sehen.

Alle Unheilsprophezeihungen der Sozialdemokraten und der Friedensbewegung wurden dementiert: das westliche Bündnis ist heute gefestigter, das östliche krisenhafter. Etwas ist in Bewegung geraten. Mögen manche deutsche Massenmedien und Elitezeitschriften Bundeskanzler Kohl und Aussenminister Genscher schelten – ihre Aussenpolitik ist konsensfähig.

François Bondy